

MICHAEL ISIKOFF, JOURNALIST BEIM US-WOCHENMAGAZIN «NEWSWEEK»

Enthüllungen sind sein Tagwerk

Von **Walter Niederberger, New York**

Der Aufruhr um die angebliche Schändung des Korans im Gefangenenlager Guantánamo Bay dürfte Michael Isikoff vertraut vorkommen. Der 53-jährige Reporter steht nicht zum ersten Mal im Zentrum eines politischen Wirbelsturms. Isikoff war es bereits gewesen, der 1997 fast ein Jahr lang den amourösen Abenteuern von Bill Clinton nachgegangen war und die Beziehung des Präsidenten zur Praktikantin Monica Lewinsky aufgedeckt hatte.

Isikoff zählt seither zur Topgarde der Enthüllungsjournalisten, als besessener Forscher und begnadeter Ausfrager. Seymour Hersh, der selber mit immer neuen Enthüllungen aus dem Innern der Regierung und Verwaltung von sich reden macht, sagt von Isikoff: «Er

macht das, was so offensichtlich ist, aber doch niemand macht: Er liest, bevor er schreibt.»

In seiner letzten Geschichte für das Wochenmagazin «Newsweek» stützte sich Isikoff nach eigenen Angaben auf eine bewährte, seit Jahren genutzte Auskunftsperson im Pentagon ab. Das Anzapfen hochrangiger Beamter, die im Vertrauen auf den Quellenschutz über die Hintergründe von Entscheidungen und die Motive von Personen reden, ist das A und O des Metiers. Wie in früheren Berichten für «Newsweek» und zuvor für die «Washington Post» vertraute Isikoff dieser Auskunftsperson, als sie ihm sagte, in einem Untersuchungsbericht des Armeekommandos werde beschrieben, wie Befragter in Guantánamo auf dem Koran herumtrampelt, ihn auf Toiletten gelegt und schliesslich ein Exemplar hintergespült hätten. Über ähnliche Praktiken war schon von

freigelassenen Gefangenen berichtet, ihre Aussagen jedoch als Propaganda abgetan worden. Wenn nun ein Militärbericht diese Praxis bestätigen sollte, so die nahe liegende Überlegung Isikoffs, ist dies zumindest eine kleine Geschichte wert. Dies dachten sich auch die verantwortlichen Redaktoren von «Newsweek», die dem Pentagon die Geschichte zur Sicherheit zum Gegenlesen vorlegten.

Elf Tage hatte das Verteidigungsministerium nichts gegen die fragliche Passage einzuwenden. Doch letzte Woche war alles anders. Nach Ausbrechen der blutigen Unruhen in Afghanistan begann das Weisse Haus, nicht das Pentagon, Druck auf «Newsweek» auszuüben und dem Magazin direkt die Verantwortung für die amerikafeindlichen Aufstände zuzuschreiben. Weder «Newsweek» noch das Pentagon haben absehen können, erklärte Isikoff gegenüber der «New York Times», dass die Schändung des Korans eine derart gewalttätige Antwort provozieren würde. Isikoff steht weiterhin zu seiner Ge-

schichte, räumt aber ein, die politischen Folgen unterschätzt zu haben.

Dass politische Rücksichtnahme schlecht zum Enthüllungsjournalisten passt, ist für Isikoff nicht neu. Nach seinen Berichten über die Beziehung zwischen Clinton und Lewinsky geriet er in den Verdacht, nicht über den angeblichen Skandal zu berichten, sondern selber Teil des Skandals zu sein. Demokraten warfen ihm damals vor, Handlanger von Sonderermittler Ken Starr zu sein und die maliziösen Umtriebe der Republikaner zu begünstigen. Lucianne Goldberg, die Vertraute von Linda Tripp, die ihrerseits Telefongespräche zwischen Clinton und Lewinsky aufgezeichnet hatte, hat den Reporter aber in anderer Erinnerung. Sie habe Isikoff damals als «aufreizend professionell» erlebt. Er habe alle offenen Fragen angesprochen und «jedermann wahnsinnig» gemacht. So wie nun das Weisse Haus, wo diese Regierung es noch weniger als frühere Regierungen ausstehen kann, wenn sie die Journalisten nicht kontrollieren kann.



PRESSESTIMMEN

Zur Lage in Usbekistan

Warschau, 17. Mai

gazeta «Die Lage ist derart explosiv und das Regime derart brutal, dass die Ereignisse in der Ukraine, in Georgien und sogar in Kirgisien eher an einen Spaziergang durch den Londoner Hyde Park erinnern könnten. Zwei Staaten teilen sich die Verantwortung: Russland zeigt sich Karimow gegenüber verständnisvoll, die USA ziehen nur eine leichte Grimasse und schweigen.»

Stockholm, 17. Mai

AFTONBLADET «Letzte Woche behauptete der russische Geheimdienst, Verschwörer planten eine Revolution in Weissrussland. Das war ein Beispiel für dieselbe Demagogie, wie Moskau sie zu Usbekistan pflegt. Wenn die EU und die Nato weiter schweigen, steigt die Gefahr, dass eines Tages auch Lukaschenko Gewalt gegen Demonstranten anwendet.»



DAS RÜSTUNGSPROGRAMM 2005 UND DER ISRAEL-PALÄSTINA-KONFLIKT

Friedenspolitik statt Rüstungsgüter

Genehmigt der Bundesrat das Rüstungsprogramm 2005, würde die Schweiz Armeematerial in Israel kaufen – und so die eigene Friedensinitiative im Nahen Osten torpedieren.

Von **Matthias Hui**

Die Schweiz kauft in Israel wie im gesamten Nahen Osten keine militärische Ausrüstung mehr. Sie liefert keine Rüstungsgüter dorthin, wo Menschenrechte mit Füßen getreten werden, etwa nach Saudiarabien. Unser Land bleibt in dieser Krisenregion unparteiisch für den Frieden und den Schutz der Zivilbevölkerung tätig: Knapp die Hälfte aller Nationalrätinnen und Nationalräte, Mitglieder aller Fraktionen, unterzeichneten im Juni 2004 ein entsprechendes Postulat, unter ihnen der damalige Präsident der Offiziersgesellschaft.

In diesem Sinn, aber ausschliesslich auf Israel ausgerichtet, ordnete der Bundesrat schon im April 2002 «Zurückhaltung in den militärischen Beziehungen» an. Man entschied, «in Bezug auf die Planung künftiger Rüstungsbeschaffungen die Möglichkeit von Einschränkungen zu prüfen». Drei Jahre später will man zur traditionellen engen Zusammenarbeit zurückkehren. Die Landesregierung entscheidet voraussichtlich am Mittwoch über das Rüstungsprogramm 2005. Es beinhaltet die Beschaffung von Teilen eines Funkaufklärungs- und Sendesystems in der Höhe von 150 Millionen Franken in Israel.

Weshalb diese Kehrtwende? Bundespräsident Samuel Schmid machte im März 2005 nach seiner Rückkehr aus Israel geltend, dass sich in der Region einiges geändert habe. Man reibt sich die Augen: Bilanzierter nicht Aussenministerin Micheline Calmy-Rey ein paar Wochen zuvor in Jerusalem, was sie in Palästina sehe, bedrücke sie zutiefst, es bestehe dringender Handlungsbedarf? Was geschieht also wirklich in Israel/Palästina?

Die demokratische und friedliche Wahl eines neuen palästinensischen Präsidenten hat das Bild des Konflikts verändert. Die Terrorgewalt ist zurückgegangen. Dennoch wird auch Mahmoud Abbas, der palästinensische Präsident, nicht als Partner behandelt: Das Fenster zum Frieden, das mit dem Tod Arafats beschworen wurde, hält die israelische Regierung zu. Die in den palästinensischen Gebieten tätigen Schweizer Hilfswerke erleben tagtäglich die fortschreitende Zerrüttung einer Gesellschaft unter Besatzung. Die Menschen leiden unter einer ökonomischen Depression und müssen der anhaltenden Zerstückelung und Enteignung des Landes zusehen.

Bundesrat verbaut sich Handlungsspielraum

Zudem steht ein Prozess in den Schlagzeilen, der – nun auch von der Schweiz – belohnt wird, bevor er Realität geworden ist: der geplante Rückzug Israels aus Gaza. Der Gazastreifen wird aber ein grosses Gefängnis bleiben, das die Bevölkerung weder frei verlassen noch eigenständig entwickeln kann. Im Kontext von Besatzung, Terroranschlägen und demokratischen Wahlen erstarkt die Hamas. So beschreiben die israelischen Menschenrechtsorganisationen Btselem und Hamoked die Situation. Sie werden vom EDA im Rahmen einer vorbildlichen Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung unterstützt. Doch wenn der Bundesrat zur Sache kommt, werden die Partner vor Ort kaum gehört.

Schliesslich ist es die Mauer, welche die Entwicklung prägt. Tag und Nacht wird gebaut, mitten durch palästinensische Quartiere und Landwirtschaftszonen hindurch. Als ob es das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag nie gegeben hätte. Es bestätigte höchststrichlich, was die Schweiz immer betonte: Der Bau sämtlicher Siedlungen sowie der Mauer auf palästinensischem Gebiet ist angesichts der Genfer Konventionen illegal.

Stehen wir an der Schwelle zu einer besseren Zukunft? Der Mitinitiator der Genfer Initiative und angesehene ehemalige Präsident des israeli-

schen Parlaments, Abraham Burg, meint: «Die Chancen sind gross, dass die Evakuierung Gazas mit einer Vertiefung der israelischen Präsenz in der Westbank einhergeht.» Eine weitere israelische Verfechterin der Genfer Initiative, Naomi Chazan, spricht von der Sharon-Doktrin, welche die volle Unterstützung der Bush-Administration genieße. Sie erhalte im Windschatten des Gaza-Rückzugs immer deutlichere und in Kürze unumkehrbare Konturen: Neben der Mauer seien es die Siedlungsblöcke rund um Jerusalem und das Apartheid-Strassensystem in der Westbank.

Mit der geplanten Wiederaufnahme von Rüstungskäufen verbaut sich der Bundesrat im denkbar ungeeignetsten Moment zwei Handlungsspielräume: Erstens verspielt er bei jenen seine Glaubwürdigkeit, deren Genfer Initiative er auf der internationalen Bühne unterstützt. Israelische und erst recht palästinensische Partner vermögen den bundesrätlichen Zweckoptimismus nicht zu teilen. Die israelische Regierung sieht die Angelegenheit als Test. Wenn das Rüstungsgeschäft glückt, muss sie zukünftig in Menschenrechtsfragen zwar ernst gemeinte Rhetorik parieren, braucht aber wenig Standfestigkeit zu befürchten. Zweitens scheint die Schweiz für eine Normalisierung der Beziehungen keine Minimalbedingungen in Richtung Genfer Initiative zu setzen. So erodiert die Friedenspolitik. Micheline Calmy-Rey wird in der Schweiz an Rückhalt für die Genfer Initiative verlieren, wo diese bislang stark mitgetragen worden ist.

Die Auswirkungen im humanitären Völkerrecht wären grundsätzlicher Natur. Der Internationale Gerichtshof erinnerte die Unterzeichnerstaaten der Genfer Konventionen an ihre Verpflichtung: Sie haben den Respekt für den Schutz der Zivilbevölkerung, auch gegen den Mauerbau, durchzusetzen. Die Uno-Generalversammlung beauftragte die Schweiz, entsprechende Konsultationen durchzuführen und Massnahmen vorzuschlagen. Mit dem Rüstungsentscheid würde unser Land eines der wenigen eigenen Druckmittel preisgeben: die Zusammenarbeit mit der Besatzungsarmee und der zugehörigen Rüstungsindustrie. Dies hätte internationale Signalwirkung. Die «Hüterin» der Genfer Konventionen baute selber Mechanismen zu deren Durchsetzung ab, statt solche zuhanden der Staatengemeinschaft zu entwickeln. Die Konsequenzen würden nicht nur Israel, sondern auch Darfur, den Irak oder Tschetschenien betreffen.

Der Ruf nach wirkungsvollen Schritten wird lauter. Nach dem Beispiel von US-Kirchen ermutigt der Weltkirchenrat seine Mitglieder, wirtschaftliche Massnahmen zu erwägen. Kapital soll aus Unternehmen und Institutionen abgezogen werden, welche in die Besatzung verstrickt sind. Nicht wenige Menschen setzen Erwartungen in die Menschenrechtspolitik unseres Landes. Gerade jene in Israel und Palästina, die ihren bedrohten Alltag nach wie vor in Würde leben und die Vision der Überwindung von Gewalt nicht aufgegeben haben. Manche unter ihnen rufen nach Unterstützung, nach Druck von aussen. Der Oberste Gerichtshof in Israel hat in den letzten Jahren seine Rechtsprechung teilweise korrigiert und auch auf das Mauergutachten reagiert. Er setzte die Welt für ihre Kritik an Israel nicht unter Antisemitismusverdacht. Antisemitismus darf in dieser Debatte tatsächlich auch in der Schweiz keinen Platz haben.

Auch die Schweiz benötigt(e) einen gewissen Druck von aussen, um sich mit der eigenen Vergangenheit und Isolation zu beschäftigen. Wer andere mit der Elle der Menschenrechte misst, muss selber für Kritik offen bleiben. Das gilt ganz besonders für das Verhältnis Schweiz-Israel.



Matthias Hui ist Mitarbeiter des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen der Schweiz (Heks) und im Forum für Menschenrechte in Israel und Palästina tätig. Er war Ko-Leiter eines Rehabilitationszentrums in der Westbank.